Nr. 155 XXVIII. Jahrgang

Dienstag, 22. Juni 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13538, 13597, 17168. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2066. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise: Grundpreis 89 mm breit, M. 2.—, für das Ausland M. 10.—, Stellenanzeile, 51 mm breit, M. 6.—, mit Platzvorschrift M. 7.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Ziffern- oder Nachlaß 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preiserhöhung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.25, vierteljährlich M. 12.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.50, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 30 Pf.

Die Lösung der Krise

Fehrenbach zum Reichskanzler ernannt

+ **Berlin, 21. Juni.** (Eig. Drahtbericht.) Die Krise ist gelöst. Reichspräsident Ebert hat den bisherigen Präsident der Nationalversammlung, den Abgeordneten Fehrenbach, zum Reichskanzler ernannt. Fehrenbach hat das Amt angenommen und ist nunmehr mit der Bildung des neuen Kabinetts beschäftigt. Ueber die letzten Phasen der Verhandlungen erfahren wir: Am Sonntag konnten die Besprechungen nicht beendet werden, weil die Führer und Verhandlungsleiter der Deutschen Volkspartei nicht in Berlin weilten. Heute vormittag wurden die Besprechungen durch Fehrenbach fortgeführt. Die Demokraten formulierten endgültige Voraussetzungen, unter denen sie sich bereit erklärten, bei der Regierungsneubildung mitzuwirken. Es wird in unterrichteten Kreisen angenommen, daß in den nächsten Stunden die Koalition der drei Parteien der Mitte zustande kommt. Dem neuen Reichskanzler und den von ihm allein auszuwählenden Ministerkandidaten bleibt die Ausarbeitung eines Regierungsprogramms, das zu den wichtigsten Entscheidungen der nächsten Zukunft Stellung nehmen muß, vorbehalten.

*

Auch der Sonntag hat keine Entscheidung in der Frage der Kabinettsbildung gebracht. Die Demokraten haben noch einmal in ihren letzten Beratungen am Sonnabend betont, sie würden als erste Voraussetzung für den Eintritt in die neue Regierung fordern, daß ihre Tätigkeit sich klar und unzweideutig auf dem Boden der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform aufbaue. Mit dieser Erklärung, die nichts Neues sagte, nur altes grundsätzliches wiederholte, trat man in die Verhandlungen des Sonntags ein, als deren Ergebnis man die folgenden Nachrichten ansehen kann.

B. **Berlin, 21. Juni.** (Eig. Drahtbericht.) In einer Besprechung Fehrenbachs mit den führenden Mehrheitssozialdemokraten erklären diese, daß ihre Weigerung, einer Koalition beizutreten, nur für jetzt Geltung habe. Aber eine Einwilligung auf die Zukunft wolle die Partei noch nicht übernehmen, sondern die Entwicklung der Dinge abwarten. Die mehrheitssozialdemokratische Fraktion hat in ihrer letzten Sitzung den Vorstand der Partei beauftragt, seine Bemühungen auf eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft und Regierungsbildung mit den Unabhängigen fortzusetzen.

Nach der diesen Erörterungen vorangestellten, während des Druckes eingegangenen Meldung wird nun wohl auch die Kabinettsbildung bald erfolgen können. Damit kämen wir dann endlich aus einem ebenso unmöglichen, wie gefährlichen Zustand heraus.

*

Die Wahlmüdigkeit

+ **Berlin, 21. Juni.** (Eigener Drahtbericht)

Gestern fanden in Berlin die Wahlen zur Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung statt. Wie vorauszusehen war, war die Beteiligung eine sehr schwache, enttäuschte aber doch insofern, als sie nur zwischen 50 und 55 Prozent betrug. Besonders schlecht schalteten die Bürgerlichen ab, in deren Kreisen eine große Wahlmüdigkeit herrschte. Eine etwas regere Wahlbeteiligung war in den Kreisen der Arbeiterschaft zu verzeichnen. Die Verteilung der Mandate dürfte nach den bisher vorliegenden Ergebnissen ungefähr die gleiche sein wie bei den Reichstagswahlen. Für die Groß-Berliner Stadtverordnetenwahl verteilten sich die bisher vorliegenden Stimmen wie folgt: Deutschnationale Volkspartei 133 880, Deutsche Volkspartei 180 349, Zentrum 44 405, Demokraten 81 556, Mehrheitssozialisten 189 660, Unabhängige Sozialdemokraten 545 781, Wirtschaftliche Vereinigung 30 260, Franenpartei 660, in zwei Vororten der sogenannte Bürgerblock 4122.

*

Die Wahlen in Thüringen

* **Weimar, 21. Juni.** Das vorläufige Wahlresultat für den ersten Landtag des Staates Thüringen liegt aus den 14 großen Städten vor. Die vereinigte Rechte, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei, erhielt 49 167 Stimmen, die Demokraten 14 521, Mehrheitssozialisten 31 504, Unabhängige 42 421, Kommunisten 1197, Bauernbund 1297. Das flache Land fehlt vorläufig noch.

*

Zur Verbilligung der Lebensmittel

B. **Berlin, 21. Juni.** (Eig. Drahtbericht.) Der Gesetzentwurf zur Verbilligung der Lebensmittel ist so weit fertiggestellt, daß er dem neuen Reichskabinett in einer der ersten Sitzungen zugehen wird. Soweit parlamentarische Informationen über den Inhalt des Gesetzentwurfes vorliegen, läßt er einen Höchstzuschlag von 12 bis 15 Proz. zu den Gestehungskosten als angemessen zu und bedroht die Uebertretung dieser Vorschrift mit der Schließung des Geschäftsbetriebes.

Weitere Ausdehnung des Landarbeiterstreiks

+ **Stettin, 21. Juni.** (Eig. Drahtbericht.) Der Landarbeiterstreik nimmt weitere Ausdehnung an und hat nun auch auf den Kreis Schlawe übergegriffen, so daß die Kreise Kolberg, Stolp, Köslin und Schlawe von ihm betroffen sind. Der Landarbeiterverband Berlin hat zur Verschärfung des Streiks die Nichtausführung der Notstandsarbeiten gefordert. Der Einspruch fiel aber nicht auf fruchtbaren Boden. Besonders ernste Ausschreitungen sind auf dem Gute Repkene vorgekommen, wo die Arbeitswilligen durch Streikende mit Waffen an der Viehfütterung gehindert wurden. Auch in den Kreisen Stolp und Schlawe wurden die Notstandsarbeiten zum größten Teil nicht ausgeführt, so daß bereits viel Vieh eingegangen ist.

*

Generalstreik und Abwehrstreik

+ **Stallupönen, 21. Juni.** (Eig. Drahtbericht.) Um die Absetzung zweier Kreisbeamten zu erzwingen, proklamierte das Gewerkschaftskartell Kreis Stallupönen den Generalstreik. Die Bürgerschaft antwortete hierauf mit einem Abwehrstreik. Durch Vermittlung des Oberpräsidiums konnten die beiden Streiks beigelegt werden. Gegen die Kreisbeamten wird eine Untersuchung eingeleitet.

Boulogne vor Spa

Wenn die Vorbesprechungen zu der immer weiter in den Hintergrund rückenden Konferenz von Spa je länger desto mehr an Umfang und politischer Bedeutung der zu behandelnden Gegenstände annehmen, so spiegelt sich darin zunächst deutlich genug die Tatsache, daß es um die namentlich von französischer Seite so oft gerühmte Einmütigkeit unter den alliierten Mächten doch recht fragwürdig bestellt sein muß. Dann aber verrät sich ein unverkennbar von Millerand ausgehender Einfluß besonders in den neuerdings klarer als bisher hervortretenden Bestrebungen, schon vor der Konferenz von Spa, d. h. also bevor die Vertreter des Deutschen Reiches zu Worte kommen können, auch die Lösung der uns am nächsten liegenden und angehenden Fragen so weit festzulegen, daß uns alsdann ganz in französischem Sinne in Spa nur noch die mehr oder weniger erzwungene Zustimmung zu den bereits endgültig formulierten Forderungen der Entente übrigbleibt.

Nach den letzten Londoner Meldungen wird sich die ursprünglich nur zwischen dem englischen und französischen Ministerpräsidenten geplante Vorkonferenz zu Boulogne nunmehr zu einer wichtigen Konferenz des Obersten Rates überhaupt auswachsen. Auf der Tagesordnung wird in erster Linie die deutsche Entschädigungsfrage stehen. Des weiteren soll dann außerdem über die türkische, orientalische und russische Frage verhandelt werden. Das ganze Programm zeigt, in welch außerordentliche Verlegenheit die Entente durch die jüngste Entwicklung der Dinge im Osten gesetzt worden ist, der sie in beschämender, weil zu ihren großen Worten in so lächerlichem Widerspruch stehender Schwäche ziemlich hilf- und ratlos gegenüberzustehen scheint. Angesichts der Verfahrenheit und der Unklarheit der politischen Lage bleibt es jedoch fraglich, ob man auf der Konferenz in Boulogne nun auch wirklich so recht schnell zu dem angestrebten Ziel kommt und das gesuchte Allheilmittel finden wird.

Es handelt sich aber nicht nur um die Frage, wie man militärisch der in völligem Aufstand begriffenen Völker des Ostens Herr zu werden vermöchte, denn womöglich noch weit schwieriger hat sich die heikle Aufgabe gestaltet, die sich widerstreitenden Interessen der Mächte selbst zu einem befriedigenden Ausgleich zu bringen. Man spürt förmlich die Furcht vor der Aussichtslosigkeit dieses Unterfangens, die so recht in der Pariser Presse zum Ausdruck kommt. Das „Journal" teilt mit, daß vor der Konferenz von Boulogne wahrscheinlich doch noch eine besondere Zusammenkunft in Ouchy zwischen Lloyd George und Millerand stattfinden wird, und zwar soll angeblich Lloyd George telephonisch diesen Wunsch ausgesprochen haben. Das Blatt vermutet jedoch, diese Version werde nur deshalb verbreitet, um nicht den Anschein zu erwecken, als ob die Engländer einer Zusammenkunft mit den Franzosen allein aus dem Wege gehen wollten. Jedenfalls sei es klar, daß zwischen England und Frankreich noch Abmachungen zu treffen wären, bevor die allgemeine Unterhaltung beginnen könne. Jede Zweideutigkeit in dem Verhältnis dieser beiden Länder müsse unbedingt beseitigt und ein festes französisch-englisches Programm aufgestellt werden, ehe man daran denken könne, weiterzurechen. Die Konferenz von Boulogne werde auch so genug zu tun haben, um die Rivalität der andern Mächte zu einem Ausgleich zu bringen.

Immerhin scheint man in London unter dem Druck der gegenwärtig kritischen Lage im Osten weit mehr als früher geneigt zu sein, den französischen Wünschen, namentlich in der Entschädigungs- und Wiedergutmachungsfrage, entgegenzukommen. Deutschland also würde letzten Endes wieder einmal die Kosten dafür zu tragen haben, daß England die Durchsetzung seiner Pläne im Osten betreiben kann. Wie die Sache gedreht werden soll, erkennt man aus ziemlich durchsichtigen Havas-Auslassungen über die russische Frage. Von französischer und englischer Seite, so heißt es da, werde zugegeben, daß auf diesem Gebiete nicht weiter zu kommen sei. Krassin könne nichts bieten und trachte nur deshalb seinen Aufenthalt auszudehnen, um zu sehen, wie sich die Lage weiter gestaltet, während die Sowjetregierung ihre Operationen im Orient fortsetzt, die für die englische Politik sehr kompromittierend seien. England werde jedenfalls durch seine Haltung den Abschluß eines Uebereinkommens mit Frankreich und den übrigen Verbündeten in der auswärtigen Politik erleichtern. Man spricht in diesen Havas-Ausführungen davon, daß Frankreich gegen seinen englischen Verbündeten in den Ostfragen zu Entgegenkommen bereit ist, falls dafür England es durch seine Haltung ermöglicht, eine Regelung der finanziellen und wirtschaftlichen Fragen in einem für Frankreich und Belgien günstigen Sinne durchzuführen.

*

Die Verschiebung der Konferenz von Spa

Laut „Echo de Paris" wird die Verschiebung der Konferenz von Spa auf den 15. Juli wegen der Schwierigkeiten der Kabinettsbildung in Deutschland bestätigt. Zur Konferenz in Boulogne berichtet „Matin": Man scheine sich entschlossen zu haben, die deutsche Armee auf 100 000 Mann zu beschränken.

Aus Paris wird gemeldet: Die Botschafterkonferenz hat die Entscheidung über die Frage der Entwaffnung Deutschlands getroffen. Die Entscheidung entspricht der der interalliierten militärischen Kommission und werde dem Regierungschef in Boulogne mitgeteilt werden. Dieser amtlichen Mitteilung folgt der „Temps" hinzu, daß das deutsche Heer bis zum 10. Juli auf 100 000 Mann zurückgeführt werden müsse. Sollte dieses Heer nicht genügen, um die innere Ordnung aufrechtzuerhalten, so müsse zur Schaffung einer regionalen Polizeitruppe geschritten werden.

*

Millerands Programm für Spa

⊕ **Genf, 21. Juni.** (Eig. Drahtbericht.) Der „Temps" meldet: Millerand sprach bei seinem Besuch in Lyon von dem Versailler Vertrag, auf dessen Durchführung sich Frankreichs Existenz aufbaue. Er gehe nach Spa mit dem Willen, zu einer Verständigung mit den Deutschen zu kommen. Aber diese dürfe nicht zum wirtschaftlichen Ruin des durch die vierjährige Okkupation schwer geschädigten Frankreichs führen.

*

Die Ententekontrolle

B. **Berlin, 21. Juni.** (Eig. Drahtbericht.) Die Ententekommission hat sich am Sonnabend nach den deutschen Luftschiffwerften begeben, um die Ausführung des Friedensvertrages zu kontrollieren.

Wiederzusammentritt der Wirtschaftskonferenz

+ **Berlin, 21. Juni.** (Eigener Drahtbericht.) Die seit dem 18. Mai unterbrochenen Wirtschaftsverhandlungen zwischen Vertretern der deutschen und französischen Industrie werden am 28. Juni in Paris wieder aufgenommen.

*

Der Einfluß französischer Kaufleute

TTA. **Köln, 21. Juni.** Die „Köln. Ztg." meldet aus Paris: Die Botschafterkonferenz hat die Absendung einer Note an die deutsche Regierung beschlossen, in der hingewiesen werden soll auf eine angeblich unterschiedliche Behandlung in Zoll- und Ausfuhrfragen. Es handelt sich hier um den Kampf, den die im besetzten Rheinland anwesenden französischen Kaufleute führen und dem der Gedanke zugrunde liegt, die deutsche Regierung behandle die Angehörigen neutraler Staaten sowie einzelner verbündeter Staaten besser, als die französischen Kaufleute.

Das französische Aufgebot in Ludwigshafen

Von unserm W.-Mitarbeiter

Ludwigshafen, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht)

Der Tag des Generalstreiks ist ruhig verlaufen. Es wurde nirgends die Ruhe gestört. Da alle Fabriken und alle kaufmännischen Betriebe sowie sämtliche Läden geschlossen waren, hatte die Stadt sonntägliches Aussehen. Auch am Hauptbahnhof ruhte vormittags jeder Verkehr. Erst gegen 2 Uhr verkehrten auf Befehl der französischen Eisenbahnkommandantur einzelne Züge, die natürlich überfüllt waren. In vielen Fällen mußten die Lokomotivführer und Heizer erst herangeholt werden. An allen Dienststellen der Post wurde eine Bekanntmachung der Alliierten angeschlagen, in der alle Beamte und Bedienstete auf ihre Verpflichtungen gegen die alliierten Truppen aufmerksam gemacht wurden und im Falle der Verweigerung der Arbeit ihnen angedroht wurde, daß sie sofort vor ein Militärgericht gestellt würden. Die Folge war, daß gegen Abend wieder einige Züge verkehrten. Ebenso arbeiteten Post und Telegraph. Auch die Staats- und städtischen Betriebe arbeiteten bis zum Mittag. Die Franzosen hatten die größten Vorkehrungen getroffen. Die Stadt und ihre Umgebung ist heute noch mit Truppen gespickt, die in voller Kriegsausrüstung in allen Sälen untergebracht sind. Militärautos fahren durch die Stadt. Auch Bagagen wurden ausgeladen. Gegen 3 Uhr nachmittags marschierten französische Eisenbahnruppen ein. Panzerautos, Tanks, Maschinengewehre und leichte Artillerie waren fortgesetzt in Bereitschaft. Um 5 Uhr nachmittags traf ein französischer General mit Gefolge im Eisenbahndirektionsgebäude ein, um sich über die Verkehrslage zu orientieren. Bis jetzt ist alles ruhig, was aber die nächsten Tage bringen werden, kann kein Mensch sagen.

* **Frankfurt a. M., 21. Juni.** Wegen der Entwicklung der Zustände in Ludwigshafen richteten die Franzosen im besetzten Hessen einen Patrouillendienst und eine schärfere Ueberwachung des Eisenbahnverkehrs ein.

*

Haltlose Anklagen

Aus Ludwigshafen in der Pfalz wird gemeldet: Der vor mehreren Monaten von den Franzosen in der Badischen Anilin- und Sodafabrik wegen angeblichen schweren Diebstahls und Plünderung während des Krieges in Frankreich verhaftete Diplomingenieur und Hauptmann der Reserve Imhof ist als völlig unschuldig dieser Tage aus der Untersuchungshaft in Lille entlassen worden und hierher zurückgekehrt.

Aus Wien wird gemeldet: Der nach Einzug der belgischen Truppen in Brüssel am 30. November 1918 unter der Anschuldigung des Hochverrats verhaftete und nach 1½jähriger Untersuchungshaft am 27. Februar 1920 vom Schwurgericht in Brabant zu fünf Jahren schweren Kerkers und Einziehung seines Vermögens verurteilte Tiroler Schriftsteller Andreas Hera, um dessen Freilassung sich der Erzbischof von Salzburg Dr. Rieder, der Innsbrucker Bürgermeister Greil und die Organisation der Wiener Presse bemühten, hat der Korrespondenz Wolff telegraphiert, daß er freigelassen worden sei.

*

Versteigerung deutscher Denkmäler

⊕ **Basel, 21. Juni.** (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Straßburger Meldung des „Anzeigers" werden vom 1. August an die im Elsaß entfernten deutschen Denkmäler einschließlich der Kriegerdenkmäler durch die französischen Behörden meistbietend zum Verkauf angeboten.

Scharfe Kritik am englischen Imperialismus

Den englischen Blättern zufolge kam es im Unterhause bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs über das Abkommen über die Nauruinsel zu einer lebhaften Debatte. Die früher deutsche Insel, die wertvolle Phosphatlager enthält, wurde bei den Besprechungen in Paris unter die Kontrolle der Regierungen Großbritanniens, Australiens und Neuseelands gestellt. Die gewonnenen Phosphatmengen sollten nach dem Gesetzentwurf diesen Regierungen gegen Selbstkostenpreise und andern Ländern zu Marktpreisen verkauft werden. Lord Robert Cecil erklärte, die Vorlage sei mit Artikel 22 der Völkerbundssatzung unvereinbar. Das Gesetz werde im Auslande den Eindruck erwecken, daß es sich hier um die alte Politik des Einsackens handle. Cecil verlangte, daß die Vorlage zurückgestellt werde, bis der Völkerbund über den Umfang der Rechte einer Mandatsmacht entschieden habe. Asquith bezweifelte die Korrektheit der Vorlage. Die alliierten und assoziierten Mächte hätten überhaupt kein Recht, ein Mandat zu übertragen. Das Abkommen sei vom juristischen und völkerrechtlichen Standpunkt aus ungültig und verstoße gegen den Wortlaut und den Geist der Völkerbundssatzung. Die Angelegenheit sei an sich nicht bedeutungsvoll, werde es aber, weil sie für größere Fragen einen Berufungsfall bieten könnte. Nachdem Bonar Law die Vorlage verteidigt und die Beschuldigung selbstsüchtiger Bestrebungen zurückgewiesen hatte, bemerkte Lord Robert Cecil: Ich habe viele Regierungen gekannt, aber nicht eine, die wegen ihrer Wahrheitsliebe und der Ehrlichkeit ihres Handelns in so schlechtem Rufe gestanden hätte, wie die gegenwärtige. Bonar Law bemerkte: Das sind sehr starke Ausdrücke. Die Vorlage wurde schließlich in zweiter Lesung angenommen.

Der Haager Juristenkongreß

zur Vorbereitung eines internationalen Gerichtshofes

Von unserm W.-Mitarbeiter

Haag, 17. Juni

Die offiziellen Schriftstücke des Generalsekretariats des Völkerbundes — in französischer Sprache abgefaßt — sprechen von einem internationalen Juristenkongreß im Friedenspalaste. Diese Bezeichnung enthält nicht das, worauf es eigentlich ankommt. Die Rechtsgelehrten, die vom 17. Juni bis etwa Ende Juli ihre größtenteils geheimen Beratungen abhalten werden, sind de facto Vertreter der Regierungen, von denen sie nach dem Haag entsendet wurden. Es handelt sich um die Errichtung des im Völkerbundsvertrage (Art. 14) vorgeschriebenen internationalen Gerichtshofes, dessen Inkrafttreten einen unlöslichen Bestandteil des Versailler Paktes und des Vertrages von St.-Germain bedeutet; denn verschiedene wichtige Klauseln dieser Verträge unterstehen gegebenenfalls der Jurisdiktion dieses Gerichtshofes. Demgemäß haben wir es nicht bloß mit einem „internationalen Juristenkongreß" zu tun, sondern mit der in Vorbereitung befindlichen „Esse der Gerechtigkeit", die vielleicht schon in diesem Jahre, bestimmt aber im nächsten ihre Aktionskraft wird bekunden müssen. Daß auf eine „internationale" Konferenz von solch eminenter Bedeutung für das deutsche Volk die schärfste Aufmerksamkeit zu richten ist, bedarf hier keiner Erwähnung. Die englische Fassung unterläßt es, sich der vagen Bezeichnung „Juristenkongreß" zu bedienen, sondern spricht von einem Kongreß, der die Bildung des internationalen Gerichtshofes zur Folge haben soll.

Es sei, ohne die Absicht zu kritisieren, festgestellt, daß die Vertreter Deutschlands und Deutsch-Oesterreichs der Eröffnungsfeierlichkeit, die gestern nachmittag im großen Saale des Friedenspalastes stattfand, nicht beigewohnt haben. Einladungen waren ihnen zugegangen. Das gesamte diplomatische Korps erhielt von dem Generalsekretariat des Völkerbundes Einladungen zur Eröffnungssitzung. Der Saal war dicht besetzt von Staatsmännern und Gelehrten. Die Mitglieder der holländischen Regierung waren vollzählig anwesend. In der zweiten Stuhlreihe saßen die Diplomaten der Entente, auch der amerikanische Gesandte Phillips, was in Anbetracht des Umstandes, daß der Völkerbundvertrag in Washington noch nicht angenommen ist, seine Wichtigkeit besitzt. Weder die deutsche, noch die deutsch-österreichische Gesandtschaft schickten einen „Zuhörer" in das Friedenspalais. Auf der Pressegalerie saßen englische, französische, italienische, belgische, holländische, amerikanische Vertreter. Der Berichterstatter eines Berliner Blattes und Ihr Vertreter waren vom Generalsekretariat des Völkerbundes eingeladen.

Das Bild der festlichen Versammlung erinnerte mich an die „demokratische" Ungezwungenheit und an das Ungenierensein, wie man es sonst nur bei französischen Feierlichkeiten findet. Der Krieg, besser die Nachkriegszeit, hob frühere strenge Vorschriften auf. Bei den Diplomaten älterer Jahrgänge findet man wohl die zeremonielle Kleidung, aber — was leisten sich nicht die Neulinge in der Kunst der Entente-Staatsmänner? Sie tragen, was ihnen gut zu Gesicht steht. Ein junger französischer Attaché gefällt sich in einer Lavallière-Binde, ein amerikanischer Sekretär in einem Sportanzuge mit hellgrauen Halbschuhen. Und so fort in Grazie . . . Jonkheer van Karnebeek, der holländische Minister für Auswärtiges, jugendlich unter seinen Kollegen, trägt eine symbolische weiße Weste und weiße Gamaschen. Bei den Vertretern der „alten Schule" merkt man den Hang zur Einfachheit, wie sie den Diplomaten „demokratisch regierter Staaten" entsprechen soll. Ein Beispiel hierfür bildet der französische Gesandte, Charles Bémont. Der Vertreter der „Société des Nations", Senator Léon Bourgeois, der für zwei Tage nach dem Haag kam, machte auch keine weiteren Umstände. So sah das Gesamtbild etwas ärmlich aus in dem prächtigen Festsaale mit den herrlichen Domfenstern, den Marmorsäulen, den vergoldeten Bronzen. Man hatte den Eindruck, daß sich hier eine Reisegesellschaft eingefunden — und eigentlich ist es auch so, denn das Generalsekretariat hat etwas von einer Art Wandertruppe mit dem Führer Léon Bourgeois an der Spitze. Bald in London, bald in Rom, dann in Brüssel, heute im Haag und morgen wieder in Brüssel. Wo wird das Generalsekretariat seinen festen, dauernden Sitz finden? Im Haag? Es scheint, daß man diesmal über diese Frage vertraulich sprechen wird. Eifersüchteleien erschweren die Entscheidung, die seit Wilsons Anwesenheit in Paris ausgeschoben wurde.

Auf der Estrade, wo die neun Juristen sitzen, tritt die markante Erscheinung des Amerikaners Elihu Root am stärksten hervor. Baron Descamps, der belgische Vertreter, hat etwas von einem verknöcherten Rechtsprofessor an sich. Wenn er spricht, doziert er und tippt mit dem Zeigefinger auf den Tisch. Es wird nur Französisch gesprochen. Der holländische Minister für Auswärtiges hält seine Begrüßungsrede in französischer Sprache; er muß sehr vorsichtig sein. Ihm antwortet der breitschulterige große Léon Bourgeois mit der berühmten schwarzgläsernen Brille. Es ist der französische Auftakt. Ohne Zögern gibt die Republik die Weisung, wie sie sich den internationalen Gerichtshof vorstellt. Bourgeois spricht zur „ganzen Welt". Er rühmt die Juristen, die „aus allen zivilisierten Staaten gekommen". Man nimmt es hin.

Bourgeois spricht wie ein Herr und Meister. Seine Redewendungen stehen im Zeichen des Fragenkomplexes: Wie wird der Gerichtshof zusammengesetzt sein? Aus wieviel Richtern? Mit wieviel Stimmen? Wie wird er seinem Urteilsspruche zur Ausführung verhelfen? Durch Drohungen? Boykottierung? Mit Gewalt? (Er gebraucht das Wort: violence.) Die Forderung Frankreichs lautet: Gewalt, wenn es nicht anders geht. Bourgeois sieht im Geiste eine „Völkerbund-Armee", mit Frankreich an der Spitze. Ihm scheint es notwendig, daß zuerst über die militärische Basis Klarheit geschaffen werden müsse, bevor der internationale Gerichtshof zu wirken beginnt. Wir erkennen den roten Faden wieder: Auf der Friedenskonferenz plädierte Frankreich für eine Völkerbund-Armee, für den „militärischen Arm der Gerechtigkeit". Der Antrag fiel, zumindest in der von Clémenceau und Foch eingebrachten Fassung. Nun stellt ihn Bourgeois mit erneuter Schärfe wieder. Mehr als das: er hält nichts von einem Tribunal, wenn die schneidige Waffe fehlt. Seine Ausführungen sind von einem bitteren Pessimismus durchdrängt. Er, Schöpfer des Gedankens von der Völkergesellschaft (Société des Nations), dessen Schriften — vor dem Kriege — von einem bezwingenden Enthusiasmus und von Ueberzeugungskraft getragen